Deutscher Bundestag **Drucksache 18/10973**

18. Wahlperiode 24.01.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD – Drucksache 18/10632 –

Wissenschaftskooperation mit Partnern in Subsahara-Afrika stärken

A. Problem

Um die Entwicklungsdynamiken in afrikanischen Gesellschaften zu unterstützen, müssen die im wissenschaftlich-technischen Fortschritt liegenden Chancen auf Wachstum, Wohlstand und sozialer Frieden genutzt werden. Eine wesentliche Grundlage für die Generierung von Wissen und Innovation sind dabei leistungsfähige Hochschulsysteme. Eine Kooperation zwischen Deutschland und den subsaharischen Ländern, die auf eine Stärkung der Wissenschaftslandschaft ausgelegt ist, ist ein wichtiger Baustein, um der Bevölkerung vor Ort Perspektiven für die Zukunft zu bieten und zugleich ein wertvoller Beitrag, um Fluchtursachen zu begegnen. Auch trägt die Förderung von Wissenschaft zur erfolgreichen Bewältigung globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Ernährungssicherheit und Gesundheit bei. Die Zusammenarbeit mit den Subsahara-Staaten muss daher gestärkt werden.

B. Lösung

Zunächst sind die bereits bestehenden vielfältigen Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Wissenschaftskooperation mit den Subsahara-Staaten zu begrüßen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel u.a. die Kohärenz der Afrika-Strategien der Ressorts zu verbessern sowie die Vernetzung der deutschen Forschungsförder- und Mittlerorganisationen untereinander und mit Akteuren der afrikanischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu fördern. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Subsahara-Afrika im Bereich der Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler aller Disziplinen muss gestärkt werden. Dabei ist zur berücksichtigen, dass „Brain-Drain-Prozesse“ vermieden werden. Auch ist insbesondere auf die Nachhaltigkeit der Wissenschaftskooperationen und die Anwendung von wissenschaftlichen Ergebnissen durch die Partner selbst zu achten.

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/10632.

D. Kosten

Die Forderungen des Antrages stehen unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/10632 anzunehmen.

Berlin, den 18. Januar 2017

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Patricia Lips
Vorsitzende

Dr. Claudia Lücking-Michel
Berichterstatterin

Dr. Daniela De Ridder
Berichterstatterin

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Kai Gehring
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Claudia Lücking-Michel, Dr. Daniela De Ridder, Ralph Lenkert und Kai Gehring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/10632** in seiner 209. Sitzung am 15. Dezember 2016 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Gesundheit, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie dem Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Zur Stärkung der Entwicklungsdynamik in den afrikanischen Gesellschaften sollen die im wissenschaftlich-technischen Fortschritt liegenden Chancen auf Wachstum, Wohlstand und sozialen Frieden genutzt werden. Wesentliche Grundlage hierfür seien leistungsfähige Hochschulen, die die Führungskräfte von Morgen ausbilden könnten. Diese könnten dann auf allen Stufen das Bildungssystem durch Lehre, Forschung und Beratung stärken. Durch Wissenstransfer und unternehmerische Aktivitäten der Hochschulabsolventen wirkt die Stärkung der Hochschulsysteme in Wirtschaft und Zivilgesellschaft hinein. Zugleich biete die Stärkung der Wissenschaftslandschaft mit einer Kooperation zwischen Deutschland und den Subsahara-Ländern einen wichtigen Baustein, um der Bevölkerung vor Ort Perspektiven für die Zukunft zu bieten und leiste zugleich einen wertvollen Beitrag, um Fluchtursachen zu begegnen. Die internationale Zusammenarbeit in der Wissenschaft sei überdies die Voraussetzung, globale Herausforderungen wie Klimawandel, Ernährungssicherheit, globale Gesundheit und Migration zu begegnen. Es solle insbesondere ein guter Rahmen für das gemeinsame Erarbeiten von Lösungen geschaffen werden.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat 2014 in einem Agenda-Prozess die Afrika-Strategie 2014 bis 2018 gemeinsam mit afrikanischen Partnern erarbeitet. Als relevante Forschungsfelder wurden dabei festgelegt: Umwelt, Bioökonomie, Gesundheit, gesellschaftliche Entwicklung, Ressourcenmanagement (insbesondere Wasserressourcenmanagement), Transformation sowie das Querschnittsthema Innovation. Auch andere Bundesministerien - wie zum Beispiel das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) - verfolgen strategisch Aktivitäten zur Stärkung von entwicklungsrelevanter Forschung und Bildung. Zwischen Hochschulen ist eine afrikanisch-deutsche Kooperation im Rahmen des Programms bereits in den Ländern Ghana, Demokratische Republik Kongo, Tansania, Namibia, Kenia und Südafrika etabliert. Sie betrifft die Bereiche Entwicklungsforschung, Rechtswissenschaften, Strafjustiz, Mikrofinanzen, Logistik, Bildungsforschung sowie Ressourcenmanagement. Auch der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), die Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AVH) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. (DFG) fördern die Mobilität von Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die Finanzierung von Lehrstühlen und deren Infrastruktur multilateral vernetzte Hochschulkooperationen und fachbezogene Forschungskooperationen.

Dabei sind qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und eine leistungsfähige Infrastruktur von Geräten, Laboren und Räumlichkeiten sowie der Zugang zu Fachliteratur und anderen Forschungsressourcen entscheidende Voraussetzung für gute wissenschaftliche Arbeit. Darüber hinaus seien eine funktionierende Hochschulverwaltung und hochqualifizierte, ausreichend sozial abgesicherte Dozenten sowie praxisorientierte Curricula notwendig. Transnationale Bildungsprojekte, wie bereits an der Deutsch-Jordanischen Hochschule etabliert, seien der richtige Ansatz für die von den afrikanischen Ländern benötigte Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Im Bereich der Bundesregierung müsse darauf geachtet werden, dass die Afrika-Strategien aller beteiligten Ressorts sich möglichst gegenseitig verstärken und umgesetzt werden. Neben dem notwendigen Kapazitätsausbau, der die Qualität des Wissenschaftsbetriebes in der Breite sichern soll, müsse es auch mit den afrikanischen Partnerinstitutionen gemeinsam betriebene Leuchtturmprojekte geben, die in der Lage seien, internationale konkurrenzfähige Forschung zu betreiben. Auch dies sei in der Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung eingebettet.

Der Deutsche Bundestag solle daher insbesondere begrüßen, dass

- BMBF, AA, BMZ und BMEL strategische Ansätze verfolgen, die afrikanische Interessen und Wissenschaftsstrategien vielfach aufgreifen und deren Maßnahmen sich zu einem großen Teil schon in erfolgreicher Umsetzung befinden;

- das BMZ zusätzlich rund 1.000 Stipendien für angehende afrikanische Hochschullehrer in ausgewählten Exzellenzzentren und Fachnetzwerken ihrer Region oder in den besten Hochschulen ihres Heimatlandes oder in Deutschland zur Verfügung stellt;

- der DAAD zur Förderung der Mobilität deutscher und afrikanischer Studierender und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, der Vernetzung deutscher und afrikanischer Hochschulen insbesondere im vom AA geförderten Fachzentrenprogramm sowie des Qualitätsmanagements an afrikanischen Hochschulen beiträgt;

- das Doktorandenprogramm des BMEL, bei dem Forschungsaufenthalte von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern insbesondere aus Subsahara-Afrika an Ressortforschungseinrichtungen des BMEL finanziert werden und so – nach deren Rückkehr – die wissenschaftliche Politikberatungskompetenz in den Herkunftsländern langfristig gestärkt wird;

- die Mobilitätsförderung der AvH für herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Subsahara-Afrika durch Programme wie das „African-German Network of Excellence in Science“ (AGNES), das Engagement für die „African Institutes for Mathematical Sciences“ (AIMS) und die Georg-Forster-Forschungsstipendien, das Internationale Klimaschutzstipendium und Forschungspreis-Programme sowie die Bereitstellung von Rückkehrstipendien für Forscherinnen und Forscher aus Entwicklungsländern unterstützt wird;

- die Maßnahme „Deutsche Forschungslehrstühle“, bei der die AvH für das BMBF Forschungslehrstühle an fünf Standorten des AIMS einrichtet, durchgeführt wird. Zur unmittelbaren Unterstützung der Lehrstühle werden über den DAAD Maßnahmen zur Förderung der Kooperation mit deutschen Hochschulen durchgeführt, um eine nachhaltige Verbindung mit Deutschland zu erreichen;

- die in der BMZ-Bildungsstrategie für den Bereich der Hochschulbildung und Wissenschaft formulierten Ziele eine qualitätsvolle und arbeitsmarktrelevante Hochschulbildung sichern sollen;

- das vom BMZ neu aufgelegte DAAD-Hochschulpartnerschaftsprogramm zum Aufbau von sieben Graduiertenkollegs zu den Schwerpunktthemen der Agenda durchgeführt wird;

- die Planungen des DAAD zum Aufbau einer Deutsch-Ostafrikanischen Hochschule in Kenia nach dem Modell einer deutschen Hochschule für angewandte Wissenschaften bzw. der Deutsch-Jordanischen Hochschule weitergeführt werden;

- die durch das BMBF initiierten Klimakompetenzzentren „West African Science Service Center on Climate Change and Adapted Land Use“ (WASCAL) und „Southern African Science Service Centre for Climate Change and Adaptive Land Use“ (SASSCAL), die durch exzellente Forschung und Ausbildung sowie die Bündelung bestehender und neuer Forschungskapazitäten dauerhafte Infrastrukturen schaf-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

fen, um im westlichen und südlichen Afrika in Partnerschaft mit deutschen Forschungspartnern eigenständige wissenschaftliche Expertise aufzubauen, und durch die Entwicklung von Datenprodukten und Dienstleistungen zur wissensbasierten Beratung lokaler, nationaler und regionaler Landnutzer, Planer und Politiker beitragen;

- Grüne Innovationszentren entstehen;

- sich das BMEL in landwirtschaftlichen Weiterbildungs- und Exzellenzzentren in zwei Ländern Subsahara-Afrikas engagiert;

- das BMBF ein internationales interdisziplinäres Kolleg für sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung, „Maria Sibylla Merian International Centre for Advanced Studies in the Humanities and Social Sciences“, in Subsahara-Afrika ausschreibt;

- das BMBF das Programm „Partnerschaften für nachhaltige Lösungen mit Subsahara-Afrika“ durchführt;

- die Produktentwicklungspartnerschaften (PDP) vom BMBF finanziert werden;

- die Gesundheitsinnovationen durch die BMBF-Forschungsnetze gestärkt werden;

- die DFG zur wissenschaftlichen Vernetzung im Rahmen von fachlichen Initiativen wie in der Infektiologie oder Mathematik, für den Aufbau von afrikanischen Forschungsförderorganisationen sowie zur Förderung des afrikanischen wissenschaftlichen Nachwuchses über Gastaufenthalte in Deutschland im Rahmen ihrer Kooperation mit der „World Academy of Sciences for the Advancement of Science in Developing Countries“ (TWAS) aktiv ist;

- das BMBF plant, an einem Runden Tisch mit Wirtschaftsvertreterinnen und Wirtschaftsvertretern aus Deutschland unter Einbeziehung afrikanischer Beteiligter Ideen für eine verbesserte Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse aus geförderten Maßnahmen zu entwickeln und so Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaften vor Ort zu befördern;

- das BMZ den Runden Tisch „Wasser“ unterstützt;

- die Exportinitiative für Umwelttechnologien des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) zur Verbreitung von Umweltwissen, Umweltbewusstsein und Kapazitätsaufbau und damit zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt;

- das AA sich anstrengt, über die Deutsche Akademische Flüchtlingshilfe Albert Einstein (DAFI) Hochschulstipendien für anerkannte Flüchtlinge in afrikanischen Aufnahmeländern zur Verfügung zu stellen.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung unter anderem auffordern, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel

- die Kohärenz der Politiken der Ressorts wo möglich zu verbessern sowie die Vernetzung der deutschen Förder- und Mittlerorganisationen, namentlich Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) sowie Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) und Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), untereinander und mit Akteuren der afrikanischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu fördern;

- das wissenschaftliche Interesse an Subsahara-Afrika bei Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus allen Disziplinen verstärkt zu wecken;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- die Erhöhung der Mittel für sog. Rückkehrstipendien zu prüfen, die den Anreiz zur Reintegration herausragender afrikanischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in Deutschland geforscht haben, in ihre Heimatländer erhöht, den Wissens- und Methodentransfer befördert und „Brain-Drain"-Prozesse zu vermeiden hilft;

- die Bemühungen um die Nachhaltigkeit von Wissenschaftskooperationen, d.h. ihre Einbindung in lokale und regionale Strukturen, ihre Orientierung an lokalen Bedarfen und ihre mittelfristige Unabhängigkeit von deutscher Finanzierung, weiter zu verstärken;

- eine nachhaltige Verankerung von Fördermaßnahmen und die Anwendung von wissenschaftlichen Ergebnissen im Partnerland selbst, u.a. auch durch längerfristige Fördermöglichkeiten, sicherzustellen;

- einen Schwerpunkt der Konzeption von Förderprogrammen auf den künftigen Wissenstransfer von der Wissenschaft in Wirtschaft und Gesellschaft zu legen und dabei auch den Austausch mit deutschen forschenden Unternehmen, die in Afrika tätig sind, zu suchen; sowie

- die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung für den Ausbau der Wissenschaftskooperationen mit Subsahara-Afrika stärker zu nutzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Auswärtige Ausschuss,** der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie**, der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Gesundheit**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**, der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**, der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** sowie der **Ausschuss Digitale Agenda** haben jeweils in ihren Sitzungen am 18. Januar 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10632 anzunehmen.

Der mitberatende **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner Sitzung am 18. Januar 2016 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10632 anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 18/10632 in seiner 83. Sitzung am 18. Januar 2017 beraten und empfiehlt:

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **CDU/CSU-Fraktion** glaubt, dass der vorliegende Antrag nicht zu einem besseren Zeitpunkt habe kommen können. Entwicklungsminister Müller habe soeben zeitglich im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung seinen sogenannten Marshallplan für Afrika vorgestellt und deutlich gemacht, dass die deutschen Bemühungen mit Blick auf Afrika anders strukturiert werden müssten, umfassender werden müssten und einen Schwerpunkt im Regierungshandeln ausmachen müssten. Die Aspekte Bildung und Wissenschaft seien hierbei ein besonderer Schwerpunkt. Für die Entwicklung einer Gesellschaft seien Bildung, Wissenschaft und Forschung ganz besondere Hebel, um gesellschaftliche Probleme insgesamt zu lösen und für jeden einzelnen eine gute Lebensperspektive zu entwickeln.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Allerdings müsse mit Blick auf den Antrag darauf hingewiesen werden, dass der Schwerpunkt der Antragsteller nicht Bildung, Wissenschaft und Entwicklung mit Blick auf Afrika im Allgemeinen sei, sondern, da das Thema Bildung im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit verhandelt werde, das Thema hier nur Wissenschaft und Forschung sei. Daher heiße der Antrag auch aus gutem Grund „Wissenschaftskooperation mit Partnern in Subsahara-Afrika“.

Hintergrund für den Antrag sei die Überlegung, einen Schwerpunkt im Kontext vielfältiger internationaler Kooperationen zu setzen und dabei als regionalen Schwerpunkt auf Afrika mit Ausnahme der nordafrikanischen Mittelmeeranrainerstaaten zu wählen. Wenn es um Wissenschaftskooperation gehe und man gemeinsame Antworten auf gemeinsame Fragen finden wolle, dann müsse es Gesprächspartner vor Ort geben. Somit müsse es vor Ort eine entwickelte Wissenschaftsszene geben.

Der Forderungskatalog im vorliegenden Antrag gehe dabei in verschiedene Richtungen. Einerseits zeige er auf die Arbeit der verschiedenen Ministerien und weise darauf hin, wie diese besser vernetzt werden könnten. Dies sei ein wichtiges Mittel, um die Schlagkraft der deutschen Politik in diesem Bereich zu erhöhen. Auch die zehn Thesen des Marshallplans, die Minister Müller vorgestellt habe, zeigten dies. Weiterhin sei es ein Anliegen des Antrages, Kooperationen zu schaffen, die Politik und Verwaltung vor Ort miteinbeziehen. Eine dritte Zielrichtung sei die Hervorhebung unterschiedlicher Maßnahmen, wie zum Beispiel Individualförderung junger Wissenschaftler, Stipendien für Studierende, Wissenschaftleraustausch von und nach Afrika und Rückkehrstipendien für Wissenschaftler in die afrikanische Wissenschaftscommunity, damit eine sogenannte „brain circulation“ erzielt werden könne. Wissenschaft sei dann am besten, wenn sie verschiedene Perspektiven und Erfahrungen berücksichtige und zusammennehme sowie von Vielfalt geprägt sei.

Weiterhin gehe es in dem Antrag auch um inhaltliche Schwerpunkte, da die Forschungsförderung dort ansetzen solle, wo spezielle aktuelle Herausforderungen bestünden. Dabei gehe es insbesondere um Klima und Ernährung. In diesem Bereich gebe es schon einige Forschungsinstitutionen und Kooperationen, die nunmehr gestärkt werden sollten. Es gehe in diesem Zusammenhang auch um weitere Hochschulkooperation und natürlich um eine Anhebung der Mittel für den Deutschen Akademischen Austauschdienst und für die Alexander-von-Humboldt-Stiftung, die beide in diesem Bereich tätig seien. Auch sei in diesem Zusammenhang das Auswärtige Amt im Hinblick auf den Ausbau der Deutschen Akademischen Flüchtlingsinitiative Albert Einstein mit Programmen mit einer individualisierte Förderlinie besonders zu erwähnen.

Die CDU-CSU-Fraktion wolle bei der Gelegenheit der Ausschussberatungen bereits erste Kritikpunkte aus der Plenardebatte aufnehmen. An die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gerichtet, sei zu sagen, dass es leider auch weiterhin blinde Flecken bei der Forschungsförderung geben werde. Das liege zum einen daran, dass es nicht überall vor Ort entsprechende Strukturen gebe, so dass keine Kooperationspartner zur Verfügung stünden. Kooperation brauche Leute auf afrikanischer Seite, die über ein bestimmtes wissenschaftliches Niveau verfügten. Es gebe aber auch einen ganz anderen, pragmatischen Grund für blinde Flecken in der Wissenschaftsförderung Afrikas. Man habe in der Entwicklungszusammenarbeit mühsam gelernt, dass es nichts helfe, wenn Deutschland überall mit Entwicklungsmaßnahmen und Projekten vertreten sei. Es müsse Priorisierung und Absprachen mit dem europäischen Partnern geben und der Appell sei: Weniger ist mehr. Es sei wichtig, wenn zwischenstaatliche Absprachen konsequent umgesetzt würden und im europäischen Zusammenhang mehr regionale Schwerpunkte gesetzt werden könnten.

Zu der Fraktion DIE LINKE. gerichtet sei zu sagen, dass die von dort vorgetragene Kritik, dass man nicht die Wissenschaft zuerst fördern solle, sondern erst für eine Grundbildung der Bevölkerung sorgen müsse, verfehlt sei. Zwar sei es richtig, dass man erst lesen und schreiben können müsse, bevor man einen Studienplatz brauche, doch sei diese Erkenntnis banal und in einem biographisch chronologischen Hintereinander gedacht. Es sei aber nicht richtig zu sagen, erst müssen alle zur Schule gehen und lesen und rechnen lernen und dann könne erst eine Sekundärbildung betrieben werden, in deren Anschluss ein Universitäts- und Forschungsbetrieb aufgebaut werden könne. Vielmehr müsse von Anfang an klar sein, dass das Eine nicht ohne das Andere gehe, weil es niemals gute qualifizierte Grundbildung geben könne, wenn es nicht auch eine gute und qualifizierte Lehrerbildung gebe. Und wenn man nicht auch Wissenschaft und Forschung fördere, dann komme man in den Zirkelschluss von Henne und Ei. Es sei Auftrag dieses Ausschusses vor allen Dingen auf Wissenschaft und Forschung abzuheben.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der Antrag sei nicht nur eine reine Leistungsschau des Bestehenden. Zwar sei es nötig, ausführlich aufzuführen, welche Förderung schon bestehe, doch erhebe man auf dieser Grundlage wesentliche Forderungen, die zwar sicherlich nicht alle Probleme lösen, jedoch zur Lösung einer Vielzahl von Problemen beitragen könnten.

Die **SPD-Fraktion** bedankt sich bei der CDU/CSU für die sehr produktive und fruchtbare Zusammenarbeit. Gemeinsam könne man auf diesen Antrag stolz sein. Im Übrigen sei auf ein Zitat von Helmut Schmidt zu verweisen, nach dem man reden müsse, wenn man gehört werden wolle. Daher sei es wichtig, über Afrika zu reden. Die Debatte die Migration zeige im Übrigen, dass Afrika eine Nahtstelle sei, bei der die großen gesellschaftlichen Herausforderungen besonders deutlich zu Tage täten.

Die grundsätzlichen Probleme wie Klimaveränderungen, Gesundheitsforschung und vernachlässigte Krankheiten, Ernährung oder Migration seien in dem vorliegenden Antrag in sachgerechter Weise enthalten. Insbesondere auf die Kompetenzzentren WASCAL und SASSCAL werde hingewiesen. Selbstverständlich sei der Antrag mit den verschiedenen Ressorts der Bundesregierung abgestimmt und man habe die Sachkompetenz insbesondere des Bundesministeriums für Bildung und Forschung aber auch des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und des Auswärtigen Amtes hierfür genutzt. Schon hierdurch sei eine bessere Zusammenarbeit der Ressorts im Interesse der Afrikapolitik gefördert worden.

Die Kritik der Fraktion DIE LINKE., der Antrag vernachlässige die Grundbildung, sei nicht zu halten. Im Gegenteil sei es das besondere Anliegen der Koalitionsfraktionen gewesen, insbesondere die Lehrerbildung zu stärken. Natürlich könne man in diesem Bereich mehr machen, doch müsse man zunächst die Qualifikation der Betroffenen als Ausgangspunkt zugrunde legen.

Ein zentrales Anliegen des Antrages sei es, Fluchtursachen durch Bildung und Wissenschaft zu bekämpfen. Es sei zu befürchten, dass in nächster Zeit noch sehr viel mehr Flüchtlinge von dem afrikanischen Kontinent insbesondere durch den Klimawandel bedingt nach Europa kommen könnten. Wissenschaftspolitik sei genau das richtige Format, um solchen Tendenzen entgegenzuwirken. Hierzu gehörten insbesondere auch Nachwuchsförderung und mehr Chancengleichheit. Das sei nicht nur im Sinne von Gender oder Diversity, was selbstverständlich auch eine Rolle spiele, sondern in Bezug auf die Zugänge für unterschiedliche Ethnien gemeint.

Ein weiteres Anliegen des Antrages sei die Stärkung der Hochschulkooperationen. Als Vorbild könne hier die Deutsch-Jordanische Universität dienen, die eine Blaupause sein könnte für eine deutsch-kenianische Universität. In diesem Zusammenhang wende man sich gegen den Vorwurf, man wolle in Afrika Brain-Drain zugunsten der entwickelten Länder betreiben. Vielmehr sei es im Gegenteil ein Anliegen, Kompetenzen vor Ort zu stärken und zu unterstützen. Das Ziel sei es, durch das Beispiel des deutschen Bildungswesens, das nicht das Bestdenkbarste sein mag, aber jedenfalls teilweise als Vorbild für den afrikanischen Kontinent dienen könnte, in einer praktischen Anwendung zu präsentieren. Dieses Ziel rechtfertige es, Ressourcen in die Hand zu nehmen, was bezüglich der Subsahara-Staaten wichtig wie nie zuvor sei. Darüber hinaus müsse man selbstverständlich die Bildungsketten analysieren und dabei alle Stufen von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Befähigung zur Lehre und zur Qualitätssicherung in den Forschungseinrichtungen berücksichtigen.

Letztlich sollen auch Institutionen wie der Deutsche Akademische Austauschdienst und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung durch diese Zusammenarbeit gestärkt werden.

Für die Fraktion **DIE LINKE.** ist der Antrag eine Zusammenfassung der Aktivitäten der Bundesregierung im Südsahararaum, die sowohl vom Bildungs- als auch vom Entwicklungsministerium und weiteren Ministerien geleistet werden. Es wäre gut gewesen, wenn die Beiträge der einzelnen Ministerien im Antrag klarer herausgestellt würden. Eine Abstimmung der Aktivitäten zwischen den verschiedenen Ministerien sei ausgesprochen hilfreich, was bereits die Aufzählung der Aktivitäten in dem vorliegenden Antrag zeige. Hier gebe es viel Verbesserungspotenzial.

Die Fraktion DIE LINKE. kritisiere den vorliegenden Antrag vor allem deswegen, weil die Grundlagen von Bildung, nämlich die frühkindliche Bildung bis hin zur Schule, nicht ausreichend berücksichtigt würden. Hierzu gehöre auch die Lehrerausbildung, die jedoch nicht zum Bereich der Wissenschaft und der Forschung gehöre.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Diese sei allerdings sehr wichtig. In diesem Zusammenhang müsse man weiterhin kritisieren, dass Deutschland das selbstgestellte 0,7-Prozent-Ziel des Bruttoinlandsproduktes für Mittel für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, nicht erfülle.

Ein weiterer Kritikpunkt sei, dass viele Programme der Ministerien, wobei es gleichgültig sei, welches Ressort zuständig sei, in erster Linie darauf zielten, der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland auf indirektem Wege zu stärken. So seien die Stipendiaten-Programme darauf ausgerichtet, wie man die besten Köpfe nach Deutschland holen könnte. In dieselbe Richtung gingen auch die Rückkehrprogramme, so dass diesen eine Verwertungsphilosophie für den Standort Deutschland zugrunde liege, die zu kritisieren sei.

Letztlich sei auch eine gute Forschungs- und Bildungszusammenarbeit ein Weg, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den diesen Ländern zu befördern und damit Konflikte und Flüchtlingsbewegung bereits im Vorfeld zu vermeiden.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt hervor, dass der Antrag der Regierungskoalition einen guten Überblick über die bestehenden wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Kooperationen zwischen Deutschland und den Ländern Subsahara-Afrikas gebe. Die Kooperation solle nach dem Willen der Koalition weiter gestärkt werden, unter anderem durch mehr Wissenschaftlerinnen- und Wissenschaftleraustausch, durch den Ausbau und die Stärkung von Hochschulkooperation, aber auch durch mehr Kommunikation und Vernetzung zwischen den deutschen Partnern, sowohl bezogen auf die Bundesministerien als auch mit den Wissenschaftsorganisationen. Zudem soll in Kenia eine deutsch-ostafrikanische Hochschule aufgebaut werden, die ein durchaus zukunftsweisendes Potenzial habe, zu einem Leuchtturmprojekt transnationaler Bildung zu werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wünsche diesem Projekt viel Erfolg.

Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei es allerding auffällig und bedauerlich, dass alle Maßnahmen in dem vorliegenden Antrag unter Haushaltsvorbehalt stünden. Insofern hoffe die Fraktion, dass die Substanz des Antrages gegenfinanziert werden könne.

In den afrikanischen Ländern lebten viele kluge Köpfe und Talente. Der Kontinent habe immenses kulturelles und kreatives Potenzial. Zugleich fehlten dort qualifizierte Fachkräfte, mit denen der wirtschaftliche Erfolg verstetigt und gesteigert werden könne. Deutschland müsse deshalb mehr dafür tun, dass aus der Hoffnung auch eine wirklich robuste Entwicklung zum Wohle aller Menschen auf dem afrikanischen Kontinent werden kann.

In vielen Ländern Afrikas wachse inzwischen die Wirtschaft wieder, allerdings ausgehend von einem niedrigen Niveau. Deshalb habe Afrika durchaus noch einen langen Weg vor sich, um zu anderen Regionen auf der Welt aufzuschließen. Und die Risiken seien nach wie vor groß. In einzelnen Ländern der Region mangele es immer noch an politischer Stabilität. Dies zeige sich an den aktuellen Nachrichten beispielsweise aus Gambia. Dies sei zwar ein sehr kleines Land, aber eines, aus dem sehr viele Menschen flüchten aufgrund mangelnder Good-Governance, unzureichender rechtstaatlicher und demokratischer Strukturen, sowie der fehlenden tatsächlichen Sicherung von Grund- und Freiheitsrechten aller Menschen.

Deutschland müsse ein verlässlicher Partner afrikanischer Länder sein. Diese Absicht ist bei der Bundesregierung ausweislich des Koalitionsantrags durchaus zu erkennen. Der vorliegende Antrag sei stark in der gebündelten Leistungsschau bestehender Kooperation. Er falle aber ab, wenn es um Ideen für die künftige Entwicklung nachhaltiger wissenschaftlicher Zusammenarbeit gehe. Insofern hätte es dem Antrag gut getan, die Expertise aller Bundestagsfraktionen miteinzubeziehen. Afrika und die Wissenschaftskooperation wäre sicherlich ein wichtiges Feld für einen gewinnbringenden fraktionsübergreifenden Antrag gewesen. Eine Chance, die Union und SPD leider nicht nutzen wollten.

Erfreulich sei, dass es entwicklungspolitische Fortschritte im Sinne des Millennium Development Goals gebe: acht von zehn Kindern aus Ländern Subsahara-Afrikas besuchten 2015 endlich eine Grundschule, 2000 waren es nur 60 Prozent. Das seien große Fortschritte, die wiederum aufzeigen, dass das Entwicklungsziel von 100 Prozent noch nicht erreicht sei und weitere Anstrengungen notwendig seien. Die Beschulungsquote sage zudem wenig über die tatsächliche Bildungsqualität aus. Das Bekenntnis zu Alphabetisierung, Bildung und Qualifizierung als Grundlage gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts fehle dem Antrag der Koalition leider.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Deutsche Investition in leistungsfähigen Hochschulen vor Ort seien sinnvoll, sofern die politische Stabilität in einem Land gegeben ist und es nicht droht, in bürgerkriegsähnliche Zustände abzusinken Es sei klar, dass gerade Wissen an den Hochschulen Konfliktprävention, Frieden, Freiheit und Sicherheit schaffen könne.

Es falle auf, dass sich das deutsche Engagement für engere Wissenschaftskooperation auf dem afrikanischen Kontinent auf wenige einzelne Länder fokussiere. Man könne zwar einerseits sagen, das sei im Sinne regionaler Konzentration. Aber auf der anderen Seite müsse man darauf pochen, dass man den Bogen weiter spannt und versucht, blinde Flecken zu beseitigen, gerade auch in Kooperation mit den europäischen Partnern. Denn es bräuchte insgesamt die Perspektive, zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Subsahara-Afrika zu kommen.

Natürlich müssten die deutschen Hochschulen besser auf die afrikanischen Studierenden vorbereitet werden. Aber man sollte sich auch mit den Partnerorganisationen darum bemühen, mehr Deutsche zu ermuntern, nach Afrika zu gehen, dort zu forschen, zu lehren und auch zu studieren. Hier fehlten dem Antrag leider konkrete Ziele und Meilensteine.

Wissenschaftsfreiheit, kreatives Forschen, herausragende Lehre sowie wissenschaftliche Lösungen für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen seien auf jeden Fall von beidseitigem Interesse sowohl Deutschlands als auch Afrikas. Diese günstige Konstellation sollte gemeinsam genutzt werden.

Die **Bundesregierung** (BMBF) betont, dass Afrika ein hochinteressanter Kontinent mit Hoffnungen und vielen Widersprüchen sei. Man sehe mit Sorge, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Bevölkerungsentwicklung in Afrika hinterherlaufe. Darin liege eine von vielen Ursachen für die Probleme. Andere Stichworte seien die politische Instabilität, Sicherheitsprobleme und vieles mehr.

Es müsse in diesem Zusammenhang dem Eindruck widersprochen werden, dass die Bundesrepublik Deutschland oder auch das BMBF nur mit einigen wenigen Ländern kooperiere. Dem sei ausdrücklich nicht so. Alleine das BMBF kooperiere mit 39 von 54 Ländern in Afrika. Daran könne man sehen, dass das nicht ein regional fokussiertes Engagement, sondern ein breit angelegtes und nachhaltiges Engagement sei.

Es sei die Frage gestellt worden, inwiefern eine Kooperation innerhalb der Bundesregierung und eine Abstimmung, eine Kohärenz der Maßnahmen erfolge. Von Seiten des BMBF würden alle Maßnahmen mit den jeweils anderen Ressorts abgestimmt. Es sei wichtig, dass die Ressorts hier gemeinsam agieren. Wahr sei, dass der sogenannte Plan oder Eckpunkte eines Marshallplans, der heute vom BMZ vorgestellt worden ist, nicht vorher abgestimmt wurde. Damit sei über die Qualität des Plans nichts gesagt. Dieser müsse erst geprüft werden.

Auf die Frage, ob der Antrag im Wesentlichen unter ökonomischen Verwertungsaspekten in Deutschland ausgerichtet sei, sei festzustellen, dass gerade die Kooperation mit Subsahara in Wissenschaft und Forschung nicht zum Selbstzweck erfolge, auch nicht unter ökonomischen oder ähnlichen Verwertungsperspektiven. Sie sei ausschließlich am gemeinsamen Nutzen ausgerichtet. Das BMBF versuche, auf Augenhöhe mit den Partnern in Afrika zu kooperieren und zu Kapazitätsentwicklung in Bildung, in Forschung und Innovation beizutragen.

Wichtige Maßnahmen seien die Klimakompetenzzentren im westlichen und südlichen Afrika. Es sei auch an die deutschen Forschungslehrstühle, an den EMS-Zentren, an die Netzwerke für Gesundheitsinnovation oder auch an die geplanten internationalen geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungskolleg in Subsahara-Afrika oder an die Meridian International Center zu erinnern. Auch sei wichtig, die Forschungsaktivitäten des BMBF in Afrika mit Maßnahmen des Kapazitätsausbaus in den jeweiligen Regionen zu verbinden, weil nur so eine Chance auf Nachhaltigkeit bestehe. Ein aktuelles Beispiel dafür seien die Partnerschaften für nachhaltige Lösungen mit Subsahara, wo Forschung und postgraduale Aus- und Weiterbildung des DAAD eng miteinander verzahnt seien.

Die Bundesregierung wolle mit den Forschungs- und Wissenschaftsaktivitäten, nicht nur für zwei Jahre irgendwas fördern, sondern will erreichen, dass die Forschungsergebnisse von Anfang an so gedacht werden, dass eine Verwertung, jedenfalls eine potenzielle Verwertung, bereits bei Antragstellung mit bedacht wird. Deswegen müssten alle Antragsteller bereits bei der Beantragung einer Förderung einen detaillierten Verwertungsplan mit vorlegen. Die Bundesregierung ist überzeugt, dass dies zum gemeinsamen Nutzen sei und dieser gemeinsame Nutzen sei die Grundidee all dieser Aktivitäten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 18. Januar 2017

Dr. Claudia Lücking-Michel
Berichterstatterin

Dr. Daniela De Ridder
Berichterstatterin

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Kai Gehring
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.